

Ein aufrüttelnder Abend

Die öffentliche Vorführung des Films »Maria und ihre Kinder« mit anschließender Podiumsdiskussion in Höchststadt/Aisch sorgte für tiefe Einblicke in die Lage Betroffener und bewegende Stellungnahmen.

Nächstenliebe oder Tötung auf Verlangen – In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Die Frage, die der ALfA-Regionalverband Erlangen und ein Höchstadter Verein einer gemeinsamen Abendveranstaltung voranstellten, fordert klare Antworten – und die bekamen Unschlüssige dann auch von Lebensschützern, engagierten Eltern und Geistlichen beider Kirchen, wie von der Vorsitzenden des lokalen Hospiz-Vereins, Politikern und Diskussionspartnern aus dem Publikum. In der »Kulturfabrik« wurde zunächst der Dokumentarfilm »Maria und ihre Kinder« gezeigt, der das mutige Wirken der Hebamme Maria

verlieh (»Das tut mir körperlich weh, wenn ich so was sehe«), konnte sie der Bitte eines Kommunalpolitikers, die gesetzlichen Grundlagen für »staatlich verordnete Totenscheine« schnellstens zu ändern, nur bedauernd entgegenhalten, dass dies derzeit »wenig zielführend« sei. Man habe sich »irgendwie an das Gesetz gewöhnt«.

Eklatante Widersprüche zwischen der grundgesetzlich gebotenen Lebensschuttpflicht und der tatsächlichen Rechtspraxis wurden benannt: Eine Abtreibung ist rechtswidrig, bleibt aber – nach Beratung – straffrei. Während im Strafgesetzbuch formuliert ist, dass diese Beratung »sich von dem Bemühen leiten zu lassen« habe, »die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen«, fordert das Schwangerschaftskonfliktgesetz, »ergebnisoffen« zu beraten und »nicht zu belehren oder zu bevormunden«. Unabhängig vom Verlauf der Beratung soll eine Bescheinigung ausgestellt werden, die eine straffreie Abtreibung erst ermöglicht und deren Akzeptanz als Konfliktlösung suggeriert. Behinderten Menschen werden heute im Blick auf Schulbildung, berufliche

»Von Anfang an war klar, dass wir zusammenhalten.«

Möglichkeiten, Zugang zu öffentlichen Einrichtungen etc. umfangreiche Rechte eingeräumt, andererseits wird nach vorgeburtlicher Diagnostik Auslese betrieben und die Tötung vermeintlich weniger lebenswerten Lebens akzeptiert.

Zu dieser paradoxen Situation nahmen zwei Betroffene Stellung: Daniela Lade, eine Rollstuhlfahrerin aus Erlangen, Beraterin im Zentrum für Selbstbestimmtes Leben Behinderter, betonte, dass sie ihre Behinderung selbst nie als besonders schlimm empfunden habe: »Ich kenne mich ja nicht anders«. Auch Elke Bennewitz, Mutter eines 8-jährigen Mädchens mit Down-Syndrom, ist mit ihrer Tochter nicht weniger glücklich als mit einem gesunden Kind und konnte sich erfolgreich gegen subtile Abschiebungsversuche der Regelschule wehren.

Karin Ritter aus Erlangen berichtete über die Schwangerschaft ihrer damals 13-jährigen Tochter, die ihre Großfamilie und das Umfeld vor ungeahnte Herausforderungen stellte. »Von Anfang an war klar, dass wir zusammenhalten und dass der Platz für dieses Kind auch noch reicht«, sagte sie.

Aus dem Publikum wurden viele Fragen an Maria Grundberger gerichtet, die anhand konkreter Beispiele Abtreibungs-



Professor Dr. Holm Schneider (r.) am ALfA-Infostand

Grundberger auf dem Gehsteig vor einer Münchner Abtreibungsstätte vor Augen führt. Spürbare Erschütterung mündete in eine lebhaft, unpolemische Diskussion zwischen Betroffenen auf dem Podium und im Saal. Dabei hatte selbst die couragierte CSU-Politikerin Christa Matschl keinen leichten Stand. Obwohl sie den Gefühlen, die besonders die Gesichter von Frauen nach einer Abtreibung in ihr ausgelöst hatten, deutlich Ausdruck

motive analysierte und dabei auch auf die oft fehlende Selbstbestimmung und das seelische Leid der Frauen einging. »Viele Frauen schämen sich und denken, sie dürften nicht mal um das Kind trauern.« Forderungen, das bestehende Tabu zu brechen und die politische Debatte neu aufzurollen, wurden vom Publikum mit Beifall aufgenommen.

Eine zweite, erweiterte Diskussionsrunde machte deutlich, dass aktuelle Vorstöße, die Beihilfe zum Suizid salonfähig zu machen und so die Beseitigung alter oder todkranker Menschen zu legalisieren, Folgeerscheinungen von Nachlässigkeiten am Lebensanfang sind. »Wir müssen Politikern, die sich für den Schutz des Lebens einsetzen, den Rücken stärken. Und im persönlichen Umfeld trägt jeder von uns Verantwortung«, war das Resümee des Moderators. Nach zwei Stunden reger Aussprache beendete der Höchstadter Bürgermeister die Veranstaltung mit dem Satz: »Der Abend war viel



Gelungene Veranstaltung in Höchstadt: »Ein viel zu kurzer Abend«

zu kurz.« Doch er fand Nachhall in einer Petition an den Bayerischen Landtag mit fast 700 Unterschriften ...

Holm Schneider und Otto Paul Hornstein

ARCHIV

► ALfA mischt sich ein

Lebensrechtler übergeben Europäischem Parlament 500.000 Unterschriften – Kaminski: »Recht auf Leben respektieren«

»Europa muss das Recht auf Leben stärker respektieren und umfassender schützen«. Das forderte die Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle Claudia Kaminski in Straßburg, wo Lebensrechtler aus ganz Europa mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek zusammentrafen. Angeführt von dem EU-Abgeordneten und Präsidenten der italienischen Lebensrechtsbewegung Carlo Casini, übergaben die Lebensrechtler Buzek dabei die Europäische Petition »Für das Leben und die Würde des Menschen« sowie eine halbe Million Unterschriften. »Bei Parlamentspräsident Jerzy Buzek ist die Petition sicher in guten Händen«, erklärte Kaminski, die sich erfreut »über die herzliche Atmosphäre« zeigte, in der die Begegnung der Lebensrechtler mit dem Parlamentspräsidenten und Mitgliedern des Petitionsausschusses des Parlaments stattfand. In der Petition bekennen sich die Unterzeichner unter anderem dazu, dass »jeder Mensch das Recht auf Leben« besitzt und zwar »von der Zeugung bis zum natürlichen Tod« und fordern das EU-Parlament auf, sicherzustellen, dass Art. 2 der Charta der Grundrechte der EU, Art. 2 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie Art. 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, in denen dieses Recht verankert ist, überall in Europa entsprechend interpretiert werden.

Kaminski: »In der EU verliert alle 26 Sekunden ein Mensch sein Leben durch Abtreibung. Für eine Staatengemeinschaft, die



Dr. Claudia Kaminski zusammen mit EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek (r.) und Manfred Libner, Geschäftsführer der Stiftung »Ja zum Leben« (l.)

sich die Wahrung der Menschenrechte auf ihr Panier geschrieben hat, ist das ein unglaublicher, nicht hinnehmbarer Skandal. Den feierlichen Worten in den völkerrechtlichen Dokumenten müssen endlich auch Taten folgen. Wir wissen natürlich, dass dies aus verschiedenen Gründen schwierig wird. Deswegen fordern wir in der Petition auch nur Dinge, die sich sehr einfach bewerkstelligen lassen, wie den sofortigen Stopp der finanziellen Förderung der verbrauchenden Forschung an menschlichen Embryonen. Das kostet nichts, ist einfach und überaus wirksam.

EU-PARLAMENT